

turbine

Mitteilungsblatt der DKP für VOITH-Beschäftigte

TURBINE Ausgabe Nr. 03

Mai 2005

Jahrgang 34

Wo der Profit regiert bleiben die Menschen auf der Strecke

Während in der Bundesrepublik 11 Millionen Menschen in Armut leben müssen - davon 1,5 Millionen Kinder - horten die 100 reichsten Deutschen ein Vermögen von 350 Milliarden Euro. Zwei Prozent der Haushalte verfügen über mehr als 60 Prozent des privaten Geldvermögens. 80 Vermögensmilliardäre haben ihren Reichtum in den letzten eineinhalb Jahren um 46 Prozent gesteigert. Hätte man bei diesen Steinreichen nur die Hälfte des Vermögenszuwachses als Steuern einbehalten, hätte der Staat 50 Milliarden Euro mehr in der Kasse, ohne dass die Herren Milliardäre am Hungertuch nagen müssten.

Geld ist genug da.

Wir leben in einem der reichsten Länder der Erde. Aber dieser Reichtum ist ungleich verteilt. Und die Politik der Bundesregierung - ebenso wie die ihrer Vorgänger - sorgt dafür, dass die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer wird.

Während die Reichen abkassieren wie selten zuvor, steigt das Risiko, ein Armutsfall zu werden, von 12,1% im Jahre 1998 auf 13,5% in 2003

Größtes Armutsrisiko ist die Arbeitslosigkeit. Die rund 5 Millionen Menschen, die die offizielle Stati-

stik erfasst, sind längst nicht die ganze Wahrheit. Experten gehen von insgesamt über 9 Millionen



Arbeitslosen in Deutschland aus, wenn man die versteckte Arbeitslosigkeit mitrechnet.

Immer die gleiche Politik

Seit Jahren machen die verschiedenen Bundesregierungen von Kohl bis Schröder immer die gleiche Politik, mit der sie die Arbeitslosigkeit bekämpfen wollen. Sie stecken den Konzernen Milliarden in den Rachen, indem sie

deren Steuern senken und bauen gleichzeitig soziale Errungenschaften für die Mehrheit der Menschen ab und üben Druck auf die Arbeitslosen aus. Die einfache Formel, mit der diese Politik begründet wird, lautet: Die Profite der Konzerne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen. Dass diese Formel schlicht und einfach nicht funktioniert, scheint die Politiker nicht zu stören. Die Umverteilung von unten nach oben wird immer aggressiver betrieben.

Die 30 Großkonzerne und Banken, die im Deutschen Aktienindex (DAX) geführt werden, haben ihre Profite im Jahr 2004 im Vergleich zum Vorjahr um über 60% gesteigert. Manche Analysen sprechen sogar von einem Gesamtprofit der DAX-Konzerne in Höhe von 62 Milliarden Euro, was einer Steigerung von 100% entspräche. Bereits im Jahr davor, hatten sie ebenfalls mächtig abgesahnt

Die Manager kassieren

Die deutschen Konzerne schwimmen im Geld. Allein die 30 DAX-Konzerne haben 102 Milliarden Euro flüssige Mittel in ihren ökonomischen Kriegskassen. Und die

(Fortsetzung auf Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

Manager dieser Großkonzerne haben sich kräftig aus der Kasse bedient. Sie genehmigten sich 2003 Gehaltserhöhungen von 11% und verdienten durchschnittlich 1,42 Millionen Euro pro Jahr., während die Arbeiter und Angestellte netto gerade mal 0,5% mehr bekamen.

Die Steuerpolitik der Bundesregierung bescherte den Unternehmen in vier Jahren eine Entlastung von

zusammen rund 100 Milliarden Euro. Das ist das Geld, das im Bundeshaushalt fehlt und mit dem dann „begründet“ wird, warum soziale Leistungen gestrichen werden müssen.

Obwohl die Konzerne im Geld schwimmen, obwohl sie praktisch fast keine Steuern mehr bezahlen, investieren sie nicht - und schon gar nicht in neue Arbeitsplätze.

Die realen Bruttoanlageinvestitio-

nen sinken nun schon das vierte Jahr in Folge. Die Konzerne kaufen lieber eigene Aktien zurück, schütten Dividenden aus oder kaufen Konkurrenzunternehmen auf.

Das Märchen von den Profiten, die sich in Arbeitsplätze verwandeln, ist längst widerlegt. Wer es immer noch predigt, der täuscht die Menschen im Lande. Es ist höchste Zeit für eine andere Politik.



Kapitalismus - Nein danke!

Sozial is' muss!

Kommunalpolitik

Internationale Solidarität:

60 Jahrestag der Befreiung vom Faschismus

DKP-Delegation in Jihlava (CZ) der Partnerstadt von Heidenheim



Wilhelm Benz

Auf Einladung der Kommunistischen Partei Böhmen und Mähren (KSCM) nahm eine Delegation aus Heidenheim in Jihlava an den Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus teil.

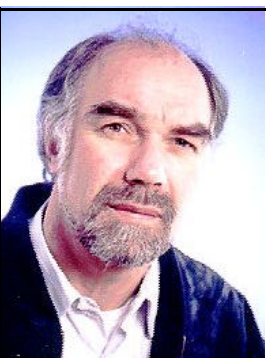
Nach einem sehr herzlichen Empfang wurden unterschiedliche Veranstaltungen besucht. Zum einen die der Stadt- und Bezirksverwaltung, zum anderen die der antifaschistischen Bewegung. Überraschend für uns Heidenheimer war zu sehen, wie groß der Stellenwert dieser Feierlichkeiten in der tschechischen Republik ist. Selbst die Bürgerlichen machen sich diesen Tag zu Nutze. Unter der Bevölkerung ist die Erinnerung an die vergangene Zeit noch groß.

Die Möglichkeit eine Rede zu halten wurde von Ulrich Huber zweimal genutzt. Er machte auf Zusammenhänge rechter Umtriebe in Europa aufmerksam und verdeutlichte die Wichtigkeit gemeinsamer Aktionen in Europa gegen Rechts.

Faschismus ist keine Meinung – Faschismus ist ein Verbrechen. Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!
Wir müssen alles tun, damit diese Losung Wirklichkeit wird.



Gedenkstätte auf dem Zentralfriedhof in Jihlava
Ladislav Zadrazil, Wilhelm Benz, U. Huber



DKP Stadtrat
Reinhard Püschel

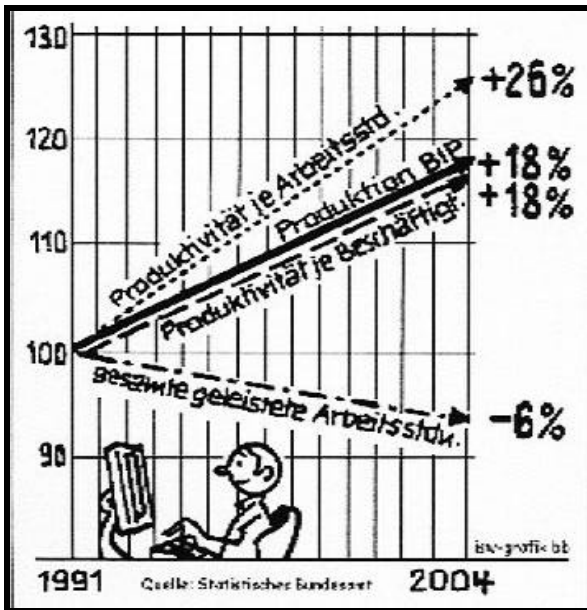
Kein Geld in der Tasche

„Wirtschaftsförderung“ durch die Stadt Heidenheim war ein Tagesordnungspunkt bei der Gemeinderatssitzung am 28. April 2005. Erwartungsgemäß lobten die Stadträte von SPD, CDU, Grüne und Freie Wähler den Sachbericht und das Engagement der Stadtverwaltung. Anders verhielten sich

die beiden DKP-Stadträte Uli Huber und Reinhard Püschel. In seiner Stellungnahme kritisierte Püschel die Einseitigkeit und das Herangehen der Stadt. „Dem Sachstandsbericht der Stadt können wir nur bedingt zustimmen. Auch unsere Schlußfolgerun-

gen sind andere. Hier wird einseitig die Unternehmenseite hofiert. Diese aber bauen doch Arbeitsplätze ab und manche gehen ins Ausland. Welcher Betrieb stellt noch Arbeitsplätze im nennenswerten Umfang zur Verfügung? Die Arbeiter und Anstellten sind die Leidtragenden. Sie sind es, die auf ihren Lohn verzichten. Sie sind es, die auf tarifliche Zulagen verzichten. Und am Ende fliegen sie doch auf die Straße. Wenn die Unternehmen Gewinne machen bedeutet das noch lange keine sicheren Arbeitsplätze. Neueste Schlagzeilen machten die Firmen Steiff und Bosch-Siemens in Giengen, die Arbeitsplätze abbauen wollen. Die Leute können keine Kühlgeräte und Teddybären mehr kaufen, weil sie kein Geld in der Tasche haben. Jedenfalls sprechen die genannten Firmenleitungen von fehlender Inlandsnachfrage.“





Widerstand und Kampf für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen.

Nicht nur durch die Unternehmenssteuerreform, die den Konzernen und ihren Kapitalisten rund 100 Milliarden Euro in den letzten 4 Jahren in ihre Hände spielte, auch die in den letzten 13 Jahren gestiegene Arbeitsproduktivität je Arbeitsstunde von 26% haben sie voll abkassiert. Hinzu kommen Steuervorteile, wenn Unternehmen ihre Produktion ins Ausland verlagern. Nicht genug. Sie wollen noch mehr. Mittlerweile werden Arbeitszeitverlängerungen ohne Lohn- u. Gehaltsausgleich zur betrieblichen Sportart, bei denen die Belegschaften nach dem Motto: „Stimm zu oder stirb“ erpresst werden. Betriebsräte und ihre Gewerkschaften werden dabei wie Hunde gehetzt.

Die Superreichen, die Banken und Konzerne befinden sich im Profitrausch, die Belegschaften, die Betriebsräte und die Gewerkschaften dagegen haben den Katzenjammer.

Die Aussichten für das laufende Jahr sind düster. Nullrunden und direkte betriebliche Lohn- u. Gehaltskürzungen, Streichung von Zusatzzahlungen und „noch“ vorhandene übertarifliche Zulagen lassen befürchten, dass es erstmals in der Geschichte der BRD zu einem Minus bei der gesamten Bruttolohn- u. Gehaltssumme und auch bei dem Bruttolohn- und -gehalt pro Beschäftigten kommt. Was kann getan werden? Die gewerkschaftliche Widerstandskraft wird nicht durch Anpassung an kapitalistische Spielregeln besser. Der Versuch ist es wert, durch Aufklärung über die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge und über die Entwicklungsprozesse der neoliberalen Ausbeutung der Arbeiter, Angestellten und Rentnern, die Widerstandskräfte zu stärken und entgegenzusetzen.

Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle

der Allgemeinheit dienen. (GG Art. 14 (2) und weiter, Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung (...) in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Das haben die Väter unseres Grundgesetzes nach der Befreiung Deutschlands vom Faschismus formuliert und die IG Metall fordert in ihrer Satzung die Demokratisierung der Wirtschaft und die Überführung von Schlüsselindustrien und anderer markt- und wirtschaftsbeherrschender Unternehmungen in Gemeineigentum.

Also Kolleginnen und Kollegen, richten wir uns danach. Handeln wir nach unseren verbrieften Verfassungs- und Satzungsrechten.



Widerstand Auf nach München!

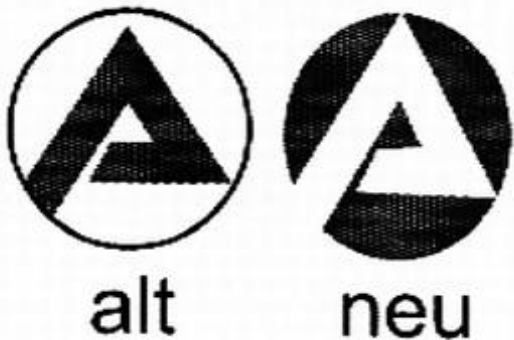
am Dienstag, den 31. Mai 2005

Abfahrt: 5.30 Uhr Hauptpforte BSH Giengen

Bereits am 04. Mai 05 wurden die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat und Wirtschaftsausschuss der B u. S. Hausgeräte GmbH Berlin Gartenfeld über die Stilllegung der Produktion von Frontlader-Waschmaschinen informiert. Betriebsrat und Belegschaft des Berliner Werks haben massiven Widerstand angekündigt und bereits am 09. Mai 05 vor

(Fortsetzung auf Seite 4)

Neues Logo - warum?



Das ist das Ergebnis einer innovativen Kühnheit der Bundesagentur für Arbeit. Voithianer erkennst Du den Unterschied? Schlappe 100.000,- Euro ließ sich die Arbeitsagentur die Neuerung ihres Logo kosten. Von den Folgekosten der Umstellung z.B. Briefpapier und Visitenkarten, ganz zu schweigen. Über 5 Millionen Arbeitslose und die durch Hartz IV in die Armut gepressten Menschen werden begeistert sein. Eine Schande und eine Verhöhnung der Arbeitslosen.

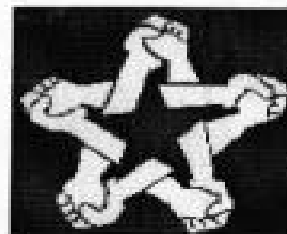
(Fortsetzung von Seite 3)

dem Werkstor eine Protestaktion und Kundgebung durchgeführt. Die Schließung des Werks ist mit einer gewaltigen Rationalisierungsmaßnahme und einer Produktionsverlagerung verbunden. Noch ist nicht sicher, an welchen Standort die Produktion verlagert werden soll. Standorte wie z. B. Lodz (Polen), La Cartuja (Spanien) oder Çerkezköy (Türkei) aber auch Nauen in Brandenburg, ein Werk das 1994 gebaut wurde, sollen erwähnt worden sein. Produktionsverlagerungen und die damit verbundene Erpressung von ganzen Belegschaften zur Lohnsenkung und Arbeitszeitverlängerung sind nicht nur für Berlin typisch. Auch die Belegschaft des B.u.S. Hausgerätewerks in Giengen kann davon ein Lied singen. Deshalb auf zu der zentralen Protestkundgebung nach München.



Samstag / Sonntag, 11. / 12. Juni „Proletarier aller Länder vereinigt euch“ – immer noch aktuell?

„Der Proletarier ist eigentumslos; ... die moderne industrielle Arbeit, die moderne Unterjochung unter das Kapital, dieselbe in England wie in Frankreich, in Amerika wie in Deutschland, hat ihm allen nationalen Charakter abgestreift.“
MEW Bd. 4, S. 472



Arbeitslose wie Verbrecher behandelt

Hessens Justizminister will Arbeitslose wie Verbrecher behandeln. Er findet die sogenannte "elektronische Fußfessel" toll. In einer Presseerklärung zur CEBIT am 10. März 2005 schrieb er: "Mit Hilfe der Technik wird dem Verurteilten jeden Tag wieder neu klar gemacht, dass er sich an bestimmte Vorgaben zu halten hat." Anscheinend sind auch Arbeitslose für ihn bereits "Verurteilte". In seiner Presseerklärung schreibt er nämlich weiter: "Die elektronische Fußfessel bietet damit auch Langzeitarbeitslosen und therapierten Suchtkranken die Chance zu einem geregelten Tagesablauf zurückzukehren und in ein Arbeitsverhältnis vermittelt zu werden. Viele Probanden haben es verlernt, nach der Uhr zu leben, und gefährden damit ihren Arbeitsplatz oder ihre Ausbildungsstelle. Durch die Überwachung mit der elektronischen Fußfessel kann eine wichtige Hilfe zur Selbsthilfe geleistet werden."

Man fragt sich, was den Herrn Justizminister so umtreibt. Möglicherweise hat er ja das Bild von Galeerensträflingen vor Auge, wenn er an Jobs denkt oder er ist am Verkauf von Fußfesseln beteiligt? Inzwischen hat das hessische Justizministerium die Presseerklärung aus dem Netz genommen. Eine Entschuldigung war nicht zu hören.

Frage

Wo sitzt der hessische Justizminister? Das ist es ja. Er sitzt noch nicht!



5,216 Mio.

Registrierte Arbeitslose

Seit Januar 2005 einschließlich der "arbeitsfähigen" bisherigen Sozialhilfeempfänger ca. 250.000

9,1 Millionen

Wahre Arbeitslosigkeit

Registrierte Arbeitslose	5.216.000
Stille Reserve im eigentlichen Sinn	1.800.000
Stille Reserve in Maßnahmen BA, u.a.	1.328.000
- Maßnahmen 1. Arbeitsmarkt	
- PSA/ich-AG/Überbrückungsgeld	
- Arbeitsbesch.mäßn./Strukturpassung	
- Maßnahmen für Jüngere	
Alo in Maßn. d. Kommunen	210.000
Kurzarbeiter (umgerechnet auf Vollzeitstellen)	70.000
Vorruhestand (Altanstellungszeit, Arbeitslose über 58)	480.000

Quelle: ILMG, Sachverständigenrat

Öttinger für 42 Stunden-Woche

Der neue Ministerpräsident von Baden-Württemberg schwadroniert vom Kinderland Baden-Württemberg und will die Arbeitszeit verlängern. Die flächendeckende Verlängerung der Arbeitszeit auf 42 Stunden - ohne Lohnausgleich - würde nach Berechnungen des DGB rund 500.000 Arbeitsplätze vernichten. Noch mehr Kinder in Armut mit Vätern und Müttern ohne Arbeitsplatz - tolle Perspektiven, Herr Öttinger.

In der Wirtschaft gibt es auch noch kleinere Angestellte und Arbeiter, doch sind solche von der neuen Theorie längst fallen gelassen worden. Tucholsky

